

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags aus-  
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin  
10,- M., im voraus zahlbar, von der Postzeitung selbst abgezogen 2,50 M. Für Post-  
bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenhand  
bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,  
zuzüglich Bahnzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M.,  
Nebaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 56.

Die achtzehntägige Kampfkampagne aber deren Name heißt S. — M. einschließlich  
Leitungsausschlag. Klein-Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Ausgaben laut Tarif.  
Familien-Ausgaben und Carlen-Besuche 2,50 M., netto pro Zeile. Stellen-Besuche  
in Klein-Ausgaben: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.  
Gespräch: Zentrum 2820, 2645, 4518, 4603, 4625, 4640, 4921

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Berliner Einwohnerwehr lebt!

##### Keine Waffenabgabe!

Durch einen Herrn Weise waren zum vergangenen Freitag  
Abend in das Lokal von Wollschläger, Landsberger Str. 89,  
die Mitglieder der Einwohnerwehr der 4. Hundertschaft zu einer  
Sitzung eingeladen.

Der Vorsitz in der Sitzung, zu der 25 Personen erschienen waren,  
führte Herr Weise, der sofort dem Abteilungsleiter Bernick  
das Wort zu einem Referat erteilte. Der Redner führte u. a. aus:

Der Entente sei die Einwohnerwehr ein Dorn im Auge gewesen,  
deswegen habe sie deren Verbot verlangt. Gewisse Herren in ver-  
schiedenen Staaten hätten nichts Eiligeres zu tun gehabt, als die  
Einwohnerwehr zu verbieten. Preußen hätte die Spitze gebildet.  
(Zuruf: Gemeinheit! Leider!) Nur Bayern hätte sich bisher  
der Auflösung der Einwohnerwehr entgegengesetzt. (Beifall.)

So gelte nun, die Einwohnerwehr in eine andere Organisationsform  
zu pressen. Dafür habe man sich die „Eingetragene Genossenschaft  
mit beschränkter Haftpflicht“ gewählt. Da das Kind einen Namen  
haben müsse, habe man die Genossenschaft „Berliner Selbst-  
schutz“ getauft. Sei die Vereinigung erst einmal in das Ge-  
nossenschaftsregister eingetragen, dann könne sie von der radikalsten  
Regierung nicht mehr so leicht aufgelöst werden. Bei der Aus-  
arbeitung des Statutes habe man sich pro forma streng an das  
Genossenschaftsgesetz gehalten. Als Zweck des Unternehmens habe  
man angegeben: Schutz von Hab und Gut durch Errichtung eines  
Nachwehens und um den Anforderungen des Genossenschafts-  
gesetzes gerecht zu werden: Annahme von Spareinlagen  
und Gewährung von Darlehen, Verschaffung von Vergünstigungen  
beim Abschluss von Versicherungen und anderen Verträgen. Der  
Genossenschaftsanteil sei auf 20 Mark festgesetzt, brände  
aber nicht gezahlt zu werden. Das Geld käme von den Geschäfts-  
inhabern und Unternehmerorganisationen. Die Einwohnerwehr  
bestehe und würde weiter bestehen und wenn sich gewisse Leute auf  
den Kopf stellen würden.

Die Waffen, die sich im Besitz der Mitglieder befänden,  
brauchten nicht abgegeben zu werden. Eine Verfügung des Mi-  
nisters des Innern bestimme, daß dazu besondere Verfügungen  
herausgegeben würden und auch dann sollte die Einwohner-

mehr nicht auf einmal, sondern abteilungsweise ent-  
waffnet werden. Darüber werde man jedoch noch reden.

Verschiedene Hundertschaften würden jetzt enge mit der Stipo  
zusammenarbeiten und hätten dort ihre Waffen unter-  
gebracht, so z. B. in der Wache im Frauengefängnis in der  
Barnimstraße. Die Grünen würden ihre Sache gut machen. Zwecks  
Einrichtung von Streifen sei mit den Stipo-Wachen Fühlung zu  
nehmen. Diese seien dankbar, wenn man ihnen Arbeit abnehme.

Neue Waffenscheine für die E. W. lägen auf dem Polizei-  
Präsidium. Nach den Veröffentlichungen in der „Magdeburger  
Zeitung“ über die kommunistischen Kampforganisationen (ein  
Schwindelbericht, d. R.), habe Evening die Ausstellung von neuen  
Waffenscheinen an die Einwohnerwehren angeordnet. Dann habe  
er ein Haar an der Orgesch gefunden und die Ausgabe der  
Waffenscheine telegraphisch aufgeschoben lassen.

Für eventuelle Putzschüsse sei mit Reichswehr und Stipo eine Ab-  
machung dahingehend getroffen, daß alle Leute mit alten Waffens-  
scheinen der E. W. verhaftet werden, denn der Portier in der  
Zentrale habe Waffenscheine in beliebiger Menge für 20 Mark  
das Stück verkauft.

Verschiedene Hundertschaften hätten bereits schöne Erfolge zu  
verzeichnen, so sei z. B. eine geheime kommunistische  
Kampforganisation in der Nähe des Friedrichshaines  
ausgehoben worden. Ein roter nächtlicher Radfahrer ver-  
kehr sei ausgefallen und verraten wurde dann die Organisation  
durch ein betrunkenes R.D.-Mitglied, das aber mit den anderen  
25 verhaftet worden sei.

Der frühere Hundertschaftsführer Köhle habe Gelder  
unterschlagen, es sei deswegen ein neuer Führer zu wählen.  
Es solle nun für die nicht tote Einwohnerwehr tüchtig ge-  
worden, ihr aber nur sichere Leute zugeführt werden. Nach Ver-  
öffentlichung einer Offerte aller möglichen Rohwaffen und  
Handwaffen wurde Weise zum Hundertschaftsführer und der In-  
haber des Restaurants Wollschläger zum Gruppenführer  
ernannt.

Das Erkennungszeichen der Einwohnerwehr ist nunmehr  
ein 2 Mark-Stück großer ver Silberter Knopf mit dem Berliner  
Stadtwappen und der Umschrift in Hochprägung „Berliner Selbst-  
schutz“.

#### Die bayrische Gefahr

Die Enthüllungen über die Mörderorganisation bei der  
Münchener Polizeidirektion sollte durch die Regierungser-  
klärung und durch das freisprechende Gutachten des parla-  
mentarischen Untersuchungsausschusses aus der Welt gelogen  
werden. Als unser Genosse Garais im Landtag die Fest-  
stellungen des Untersuchungsausschusses nochmals mitteilte,  
versuchte der Präsident das zu verhindern. Bei zwei weite-  
ren Gelegenheiten hat sich der Landtagspräsident ebenfalls  
veranlaßt gesehen, die Feststellungen unseres Genossen, als  
mit der „Würde“ eines deutschen Parlaments nicht verein-  
bar abzufertigen. Man will mit allen Mitteln verhindern,  
daß im bayrischen Landtag die Wahrheit gesagt wird.

Aber die bayrische Regierung hat Pech mit all ihren Ver-  
suchsmanövern. Raum hat sie im Landtag die peinlichen  
Enthüllungen abgewürgt, da verfiert ein Hofenkreuzler in  
einer Versammlung ein Schreiben der 26. Alarmkompanie,  
das dann veröffentlicht wird. In diesem Schreiben ist alles,  
was bisher über das Bestehen einer Mörderorganisation und  
über die Waffenschiebungen in Bayern behauptet wurde, be-  
stätigt.

Es läßt sich heute trotz aller Erklärungen von Regierung  
und Polizei feststellen, daß die Münchener Polizeiorgane mit  
der Mörderorganisation und der Orgesch Hand in Hand ar-  
beiten. In der „nationalsozialistischen“ Versammlung am  
12. November in München war wieder ein Heer von  
Spitzeln anwesend, die die gegnerischen Versammlungs-  
teilnehmer provozierten und dann verhafteten.

Auf der Polizeiwache legitimierten sich die Pro-  
vokateure dann als Polizeibeamte. Trotz  
solcher Vorgänge, die sich immer wieder in Versammlungen  
ereignen, behauptet der Polizeipräsident Böhner, daß er  
gegen Versammlungstörer nicht vorgehen könne und daß  
man berufsmäßige Provokateure nicht feststellen kann. Herr  
Böhner hat für solche Arbeiten keine Zeit, weil er den  
Kurieren der bayrischen Mörderorganisation falsche  
Pässe nach Ungarn ausstellen, geheime  
Waffenlager bergen lassen und unsere Parteigenossen  
überwachen muß.

Der von uns veröffentlichte Schriftwechsel über Waffen-  
lieferungen nach Bayern aus Norddeutschland und das streng  
vertrauliche Schreiben der 26. Alarmkompanie, wie auch die  
Feststellungen im Untersuchungsausschuß beweisen, daß in  
Bayern sowohl das Abkommen von Spaa, wie das  
deutsche Entwaffnungsgesetz einfach in den Wind  
geschlagen werden. In München sind unzählige geheime  
Waffenlager vorhanden und wenn sich jemand erdreisten  
sollte, sie zu verraten, dann bekommt er es mit der Mörder-  
organisation zu tun, wie der Nord im Forstriederpark  
und die Enthüllungen im Landtag gezeigt haben.

Alles, was über die bayrische Konterrevolution in der  
nichtbayrischen Presse geschrieben wird, bezeichnet die Re-  
gierung als Verleumdung und „Bayernbehe“. Die Regie-  
rungsparteien und die bayrische Presse schlagen in die gleiche  
Herbe. Unser Artikel in Nr. 477 „Die bayrische Einwohner-  
wehr“, wird ebenfalls unter dem Kapitel „Bayernbehe“ re-  
gistriert und die einwandfrei durch wörtlich wiedergegebene  
Briefe belegten Waffenschiebungen als „Schwindelaktion“ be-  
zeichnet. Weil die Feststellungen über den rollenden  
französischen Franzosen in Bayern die Regierungs-  
stellen sehr peinlich berühren, erzählt jetzt die bayrische Presse  
vom Rollen der „Berliner Korruptionsmafia“ in München.

Man hat sich hin und her überlegt, wie man entgegen-  
wirken könne, daß die Wahrheit über Bayern bekannt  
werde, und hat jetzt auch ein Mittel gefunden. Es sollen  
zwei Meinungsfabriken in München errichtet  
werden, die in der außerbayrischen Presse alle bayrischen  
Vorgänge im Lichte der Nachhaher darstellen sollen. Ein-  
mal das Presseamt beim Ministerium des Innern, dessen  
Sitz die Regierung beheimen soll und dann eine Presse-  
kette der Orgesch. Die Orgesch-Pressestelle funktioniert  
schon seit einigen Wochen. Als sie noch in den ersten An-  
fängen steckte, wurde an die Mitglieder des provisorischen  
Presseauschusses der Orgesch in München ein Schreiben ge-  
richtet, das die „Neue Züricher Zeitung“ am 10. November  
veröffentlicht hat. Es heißt darin u. a.:

„Der Unterzeichnete... hat seine Haupttätigkeit zunächst darauf  
konzentriert, den publizistischen Verkehr mit der  
Schweizer Presse in Fluß zu bringen... Die Zeitungen  
strotzen von Denunziationen, die vielfach unberichtigt bleiben,  
während die ententistische Presse und die ihr in die Hände arbei-  
tenden Schweizer Organe vom Schlage der „Neuen Züricher Zei-  
tung“, des „Journal de Genève“, namentlich aber unter dem schi-  
baren Einfluß von angeblich „rein demokratischen“ deutschen  
Blättern, wie „Frankfurter Zeitung“, „Berliner Tageblatt“,  
„Vossische Zeitung“ und andere stehenden Schweizer Organe un-  
behindert und sorglos getrieben werden. Diese Blätter  
an Mitteln und Hilfsarbeit hindert mich einzuweisen, diese erfor-  
derlichen Umfänge im Auge zu behalten und die erforder-  
lichen Gegenmaßnahmen zu treffen. Wohl sind mir seitens der Ein-  
wohnerwehr und des Ordnungsbloßes bisher im Ganzen 1000  
Mark zur Verfügung gestellt worden, aber diese Beträge genügen  
leider nicht zum systematischen Ausbau des von sämtlichen Per-  
sonen und Organisationen so einstimmig begrüßten „Pressebüros“.“

Inzwischen sind genügend Gelder eingegangen. Herr  
Kommerzienrat Jenz, der Leiter der „Orgesch“ Finanz-

#### Sturmzeichen im Osten?

Berlin, 20. November.

Die erwünschte endgültige Beruhigung im Osten will noch immer  
nicht eintreten, ja es mehren sich sogar die Anzeichen, die auf die  
Möglichkeit neuer Verwicklungen in diesen Gegenden hin-  
deuten. So scheint, wenn sich eine Meldung der litauischen Tele-  
graphenagentur bestätigt, ein bisher nur schwelender Brandherd  
im Osten in helle Flammen auszubrechen. Obgleich die Kontroll-  
kommission des Völkerbundes, die am 17. November in Leipzig ein-  
getroffen war, den Litauern und Polen die Einsetzung der Kriegs-  
operationen vorgeschlagen und die Litauer sich damit einverstanden  
erklärt hatten, griffen die Polen an demselben Tage  
auf der ganzen Frontlinie Zeligowskis an.  
durchbrachen die litauische Front und besetzten  
mehrere litauische Dörfer.

Auf einen ersten Zusammenstoß deutete auch bereits die  
gehrige, von polnischer Seite verbreitete Meldung hin, daß die  
Kontrollkommission von den Litauern unter Feuer genommen  
worden sei. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Ver-  
wicklungen auch auf die endgültigen Friedensverhand-  
lungen in Riga zurückwirken können, zumal auch über das  
Verhältnis zwischen Polen und Rußland sich einander wider-  
sprechende Meldungen vorliegen. Einerseits war betont worden,  
daß die russische Friedensdelegation in Riga sich günstig über die  
Verhandlungen mit den Polen geäußert habe, andererseits an die  
heißt es, Tschitscherin habe erklärt, daß die Polen sich an die  
Vorlebensabmachungen nicht halten und daß es auf die Dauer  
nicht möglich sein werde, mit ihnen in Frieden zu leben. Dazu  
kommt, daß nach der endgültigen Niederwerfung  
Wangels und der völligen Besetzung der Krain durch die Bol-  
schewisten, die russischen Streitkräfte in vollem Umfange wieder  
frei geworden sind, und daß die Räteregierung nicht die Ab-  
sicht zu haben scheint, sich Polen gegenüber weiterhin die Rolle des  
Besiegten gefallen zu lassen.

#### Wrangel an der Westfront?

DE. Helsingfors, 19. November.

Die Petersburger „Iswestija“ empfehlen eine Verstärkung  
der Truppen an der Westfront; sie weisen warnend  
darauf hin, daß die Truppen Balachowitsch sich bereits auf  
dem Vormarsch befinden. Das Blatt erwartet, daß Wrangel den  
Oberbefehl über eine gemeinsame Offensive der Armeen Samin-  
tows, Balachowitsch und Petljuras übernehmen werde. Ru-  
mänien verhalte sich gegenüber diesem Unternehmen sym-  
pathisch, Polen unterstütze es im Geheimen. Der  
Gegner sei gut verpflegt und verfüge in seinem Rücken über viele  
Verkehrsverbindungen, was schnelle Truppenverschiebungen er-  
leichtere. Die Petersburger „Rote Zeitung“ sucht nachzuweisen,  
daß die Westrevolution mit Riesenschritten näher rückt.  
Wrangel sei geschlagen. In einer Reihe von Ländern fänden

große Streiks statt. Die revolutionäre Bewegung in Irland und  
die Agrarrevolution in Italien seien in Entwicklung begriffen.  
Die Arbeiterklasse spalte sich in der Frage des Anschlusses an die  
Dritte Internationale, was eine Stärkung der kommunistischen  
Bewegung bedeute.

Ueber den weiteren Verlauf der Rigaer Verhandlungen wird  
berichtet: Die anfänglichen Schwierigkeiten, die sich in  
den ersten Besprechungen der Delegationen eingestellt hatten, sind  
überwunden. In der ersten Sitzung nahm Joffe eine  
außerordentlich scharfe Haltung ein und erklärte, daß die An-  
wesenheit polnischer Truppen in einer Entfernung von 80 Kilo-  
metern von der Demarkationslinie eine Verletzung der Waffen-  
stillstandsbedingungen bedeute. Nachdem daraufhin die polnischen  
Vertreter die Erklärung abgegeben hatten, daß die polnische  
Armee das in Frage kommende Terrain lediglich zum Schutze der  
in den wohnlichen Zuckfabriken investierten pol-  
nischen Vermögen besetzt halte, wurde nach eingehender Be-  
sprechung eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Polen ihre  
Truppen zwanzig weitere Kilometer hinter die Demarkationslinie  
zurückziehen und als Ausgleich für die Aufgabe des in  
Wohnstätten investierten polnischen Kapitals 70 Prozent der Zuck-  
produktion der ausgegebenen Gebiete erhalten.

#### Das Flüchtlingselend

##### 100 000 Flüchtlinge in Konstantinopel

Nach einer Meldung aus Konstantinopel sind dort bisher 10 000  
Flüchtlinge aus der Krain angetroffen. Ihre Zahl wächst ständig  
und wird in wenigen Tagen 100 000 betragen. Das Elend unter  
ihnen ist groß. Es befinden sich viele Frauen und Kinder in ihren  
Reihen. Die englische Militärbehörde will ihnen die Insel Lem-  
nos zur Verfügung stellen. Ein Teil soll nach Agios gebracht  
werden. Im französischen Ministerium des Aeußern  
sind am Freitag eine Sitzung statt, welche beschloß, die Flüchtlinge  
auf Bulgarien, Griechenland und Serbien zu verteilen und keine  
so bedeutende Flüchtlingszahl in Konstantinopel zu belassen, da  
Konstantinopel bereits von Flüchtlingen überfüllt sei. Der Unter-  
staatssekretär für Handel und Marine hat die Mittel geprüft, um  
die Flüchtlinge schnellstens abtransportieren zu können.

#### Das Werben um Rußland

London, 20. November.

Nach einer Reutersmeldung aus Washington hat Amerika nicht  
die Absicht, England und Frankreich in der Frage der Aner-  
kennung der Sowjetrepublik zu folgen. Es werde so-  
gar keine Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland ge-  
kulten. Die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß der  
Vollschwemismus eine Bedrohung für das Gleichgewicht der  
Völker der Erde und der Welt bedeute.

Der von uns veröffentlichte Schriftwechsel über Waffen-  
lieferungen nach Bayern aus Norddeutschland und das streng  
vertrauliche Schreiben der 26. Alarmkompanie, wie auch die  
Feststellungen im Untersuchungsausschuß beweisen, daß in  
Bayern sowohl das Abkommen von Spaa, wie das  
deutsche Entwaffnungsgesetz einfach in den Wind  
geschlagen werden. In München sind unzählige geheime  
Waffenlager vorhanden und wenn sich jemand erdreisten  
sollte, sie zu verraten, dann bekommt er es mit der Mörder-  
organisation zu tun, wie der Nord im Forstriederpark  
und die Enthüllungen im Landtag gezeigt haben.

Alles, was über die bayrische Konterrevolution in der  
nichtbayrischen Presse geschrieben wird, bezeichnet die Re-  
gierung als Verleumdung und „Bayernbehe“. Die Regie-  
rungsparteien und die bayrische Presse schlagen in die gleiche  
Herbe. Unser Artikel in Nr. 477 „Die bayrische Einwohner-  
wehr“, wird ebenfalls unter dem Kapitel „Bayernbehe“ re-  
gistriert und die einwandfrei durch wörtlich wiedergegebene  
Briefe belegten Waffenschiebungen als „Schwindelaktion“ be-  
zeichnet. Weil die Feststellungen über den rollenden  
französischen Franzosen in Bayern die Regierungs-  
stellen sehr peinlich berühren, erzählt jetzt die bayrische Presse  
vom Rollen der „Berliner Korruptionsmafia“ in München.

Man hat sich hin und her überlegt, wie man entgegen-  
wirken könne, daß die Wahrheit über Bayern bekannt  
werde, und hat jetzt auch ein Mittel gefunden. Es sollen  
zwei Meinungsfabriken in München errichtet  
werden, die in der außerbayrischen Presse alle bayrischen  
Vorgänge im Lichte der Nachhaher darstellen sollen. Ein-  
mal das Presseamt beim Ministerium des Innern, dessen  
Sitz die Regierung beheimen soll und dann eine Presse-  
kette der Orgesch. Die Orgesch-Pressestelle funktioniert  
schon seit einigen Wochen. Als sie noch in den ersten An-  
fängen steckte, wurde an die Mitglieder des provisorischen  
Presseauschusses der Orgesch in München ein Schreiben ge-  
richtet, das die „Neue Züricher Zeitung“ am 10. November  
veröffentlicht hat. Es heißt darin u. a.:

„Der Unterzeichnete... hat seine Haupttätigkeit zunächst darauf  
konzentriert, den publizistischen Verkehr mit der  
Schweizer Presse in Fluß zu bringen... Die Zeitungen  
strotzen von Denunziationen, die vielfach unberichtigt bleiben,  
während die ententistische Presse und die ihr in die Hände arbei-  
tenden Schweizer Organe vom Schlage der „Neuen Züricher Zei-  
tung“, des „Journal de Genève“, namentlich aber unter dem schi-  
baren Einfluß von angeblich „rein demokratischen“ deutschen  
Blättern, wie „Frankfurter Zeitung“, „Berliner Tageblatt“,  
„Vossische Zeitung“ und andere stehenden Schweizer Organe un-  
behindert und sorglos getrieben werden. Diese Blätter  
an Mitteln und Hilfsarbeit hindert mich einzuweisen, diese erfor-  
derlichen Umfänge im Auge zu behalten und die erforder-  
lichen Gegenmaßnahmen zu treffen. Wohl sind mir seitens der Ein-  
wohnerwehr und des Ordnungsbloßes bisher im Ganzen 1000  
Mark zur Verfügung gestellt worden, aber diese Beträge genügen  
leider nicht zum systematischen Ausbau des von sämtlichen Per-  
sonen und Organisationen so einstimmig begrüßten „Pressebüros“.“

Inzwischen sind genügend Gelder eingegangen. Herr  
Kommerzienrat Jenz, der Leiter der „Orgesch“ Finanz-

organisation der „Dragesch“), hat die benötigten Mittel flüssig gemacht und die Schweizer Presse wird bereits unterirdisch mit den Erzeugnissen der Dragesch-Pressestelle versorgt. Herr Major Salvisberg leitet die Pressestelle von München aus und ist bestrebt, alle Enthüllungen über die Dragesch und ihre Vorkämpferorganisation nach dem bewährten Muster des Kriegspresseamtes „richtigzustellen“. Selbstverständlich kennt die so bediente Presse die schmutzige Quelle nicht, aus der die Lügen fließen. Auch die norddeutsche Presse wird mit Artikeln und Notizen aus der Dragesch-Pressestelle bedacht.

Die Beziehungen des Dragesch-Hauptlings Escherich mit Tirol und Württemberg haben sich weiter gefestigt. Das Innsbrucker Landesheerführer Herr Escherich ist vermasselt worden. Aber die Stütgarter Einwohner wehren veranlassen am 5. und 12. Dezember im Endernehmen mit der Württembergischen Regierung Preisstücken, an dem, wie wir hören, auch der Landeshauptmann Escherich teilnehmen wird. Die Waffenschiedungen von Bayern nach Tirol und Württemberg werden fortgesetzt. Es ist also ganz unzweifelhaft, daß man in Süddeutschland, vor allem aber in Bayern, das Sprungbrett herichtet für den nächsten konterrevolutionären Militärputsch. Die bayerische Regierung erklärt natürlich immer wieder, daß die Einwohnerwehr mit der Dragesch nichts zu tun habe und daß die bayerischen Wehren „völlig unmilitärisch und unpolitisch“ seien. Das ist alles nur Sand in die Augen. In Bayern sind die Spikes des Kapp-Putschs verlammt und rüsten siederhaft, damit der nächste Putsch besser klappt, als die Aktion im März. Die Münchener Vorkämpferorganisation leistet tatkräftige Hilfe zur Beseitigung aller Schwierigkeiten und die Dragesch-Pressestelle posant die „Harmlosigkeit“ der Einwohnerwehren und der Dragesch in alle Welt.

## Frankreichs Kohlenversorgung

Ueber die Reden, die der Reichskanzler Behrenbach und besonders der Minister des Auswärtigen Simons auf ihrer Tournee in der Rheinprovinz gehalten haben, wird im Reichstag noch einiges zu sagen sein. Gelegenheit dazu bietet sich bei der bevorstehenden Besprechung des Etats des Friedensvertrages. Herr Simons hat sich vielleicht durch die ihm umgebende Stimmung im besetzten Gebiet verleiten lassen. Ausführungen zu machen, die juristisch einwandfrei sein müssen, deren politische Zweckmäßigkeit aber keineswegs jeder Zweifel erhaben ist. Der Kritik, die in der französischen Presse geübt wird, können wir jedenfalls nicht völlig Unrecht geben.

Am bedenklichsten aber erscheint uns, was der Minister über die Kohlenversorgung in Deutschland und Frankreich gesagt hat. Man mußte aus seinen Worten den Eindruck gewinnen, als ob Frankreich heute schon über einen Ueberfluß an Brennmaterialien verfüge und daß daher seine Kohlenforderungen an Deutschland einfach schickens seien. Auf welche Informationen sich die deutsche Regierung für diese Auffassung stützt, ist nicht klar. Unter allen Umständen aber sind sie, was schon ein Ueberblick über die Möglichkeiten in der Kohlenversorgung Frankreichs ergibt, unrichtig.

Bemerkt zu werden verdient ein Artikel in der „Bosserischen Zeitung“, in dem ein Sachverständiger eine Reihe von Ziffern zusammenstellt.

Daß Frankreich — heißt es in diesem Artikel — nicht Ueberfluß an Kohle habe, geht schon daraus hervor, daß es trotz der hohen Auslandspreise fortgesetzt große Mengen Kohle einführt. In den ersten acht Monaten des Jahres 1920 habe Frankreich 8,4 Millionen Tonnen Kohle aus England, 865 000 Tonnen aus Amerika und 700 000 Tonnen aus Belgien eingeführt, außerdem hätten 560 000 Tonnen englischer und 608 000 Tonnen belgischer Koks und 687 000 Tonnen englische und 110 000 Tonnen belgische Bricketts bezogen werden müssen. Jetzt noch berechne man die Einfuhr aus England mit 700 000 bis 750 000 Tonnen und die Einfuhr aus Amerika auf 230 000 Tonnen.

Für die amerikanische und englische Kohle müßten 300 bis 350 Franks gezahlt werden. Damit diesem teuren Import stelle sich der Durchschnittspreis für Kohle in Frankreich auf 200 Franks pro Tonne, während die deutschen und belgischen Verbraucher nur, auf französische Währung umgerechnet, etwa 100 Franks und die englischen 80 Franks zu zahlen hätten.

Nach der statistischen Berechnung würde sich die Gesamtverfor-

gung Frankreichs auf etwa 44,4 Millionen Tonnen stellen, während vor dem Krieg über 85 Millionen Tonnen pro Jahr verbraucht worden sind. In Frankreich sei man der Meinung, daß Deutschland sehr wohl mit den ihm zur Verfügung stehenden Kohlenmengen auskommen könne. Die französischen Sachverständigen hätten übereinstimmend erklärt, daß sie eine gleichmäßige Bedienung der französischen und der deutschen Kohlenbedürfnisse anstreben. Nur eine von beiden Seiten mit rückhaltloser Offenheit geführte Aussprache könnte die wachsenden Differenzen in der Kohlenfrage ausfüllen.

Auch die Richtigkeit dieser Zahlen läßt sich natürlich nicht im einzelnen nachprüfen, aber sie haben im großen und ganzen sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich. Dringend wünschenswert wäre es aber, wenn endlich von beiden Seiten durch Sachverständige geprüfte genaue Angaben veröffentlicht würden, damit wir auch in dieser Beziehung endlich aus den gegenseitigen Verdächtigungen herauskämen.

## Die Phantastie-Armee

Die „Deutsche Zeitung“ berichtet seit einigen Tagen eine gesteigerte Russenhege. In der heutigen Morgenausgabe bringt sie einen sensationell aufgemachten Artikel, der sich mit den russischen Kriegsgefangenen in Deutschland befaßt. Das Blatt behauptet, aus den Kriegsgefangenen sollte eine große schlagfertige Kätearmee für Deutschland aufgestellt werden. Zugleich führt es bittere Klage darüber, daß „brave russische Soldaten und Offiziere“ nach Rußland zurückgeführt werden. Die „braven Männer“, auf die das Horribel-Organ anspielt, das sind die russischen Konterrevolutionäre, die in den Gefangenenlagern enge Verbindungen mit den deutschen Monarchisten angeknüpft hatten, um im Verein mit diesen einen Schlag gegen die Republik zu führen, wie es schon während des Baltikum-Abenteuers geschah. Wenn die „Deutsche Zeitung“ darüber jammert, daß ihre Helfershelfer, auf die sie so große Hoffnungen setzte, jetzt nach Rußland abtransportiert werden, so ist dieser Schmerz sehr begreiflich. Was sie über Kätearmee zusammenfabelt, ist erlogen. Der ganze Schwindel wird nur deshalb in die Welt gesetzt, um das Daseinrecht der Dragesch und die Notwendigkeit des Fünfmilliarden-Etats für die Reichswehr nachzuweisen. Das militärische Nachrichtenwesen, für das die deutschen Steuerzahler 23 Millionen Mark aufbringen müssen, steht hinter diesem Schwindel.

## Kein Geld für die Rentenempfänger

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages begann am Freitag die Besprechung der Lage der Rentenempfänger. Sowohl der Arbeitsminister Braun als auch die übrigen Regierungsvertreter betonten die Schwierigkeiten, die einer größeren Satisfaktion für die Rentner entgegenstehen. Die Möglichkeit, die notwendigen Milliarden aufzubringen, sei beschränkt. Bei einzelnen Zweigen unserer sozialen Versicherung könne man beinahe von einem Bankrott sprechen. Ganz besonders schwierig sei die Fürsorge für die kleinen Privatrentner. Hier müsse mehr als bisher die Familie unterstützend eingreifen.

Es ist das alte traurige Lied. Wenn es an die Milderung der Notlage der Massen geht, so hat das Reich kein Geld. Beim Militarismus und bei anderen Ausgaben, die das Interesse der Besitzenden erheischt, weiß die Regierung aber stets Wege, das Geld zu beschaffen. Den Rentnern aber muß geholfen werden. Ihre Lage ist unerträglich und ihr Elend nicht durch eigene Schuld, sondern durch den Krieg und seine Folgen heraufbeschworen.

## Die Opfer Marlohs

### Die Regierung drückt sich vor der Entschädigung

Die Versorgungsansprüche der Opfer Marlohs sind trotz vielfacher Versicherungen der Regierung bis heute noch nicht erfüllt. Die Genossen Herz und Ledebour haben dieserhalb im Reichstag eine Anfrage gestellt, wann und ob die Regierung ihrer Pflicht endlich nachkommen will. Im Reichstag hat die Regierung gestern durch den Justizrat Eggert vom preussischen Heeresabwühlungsamt folgende Antwort gegeben:

Ueber die von den Hinterbliebenen geltend gemachten Ansprüche wird von den ordentlichen Zivilgerichten entschieden. Einfluß auf den Gang der Prozesse auszuüben, ist die

Reichsregierung nicht in der Lage. (Zusatz von der U. S. V. Das ist traurig genug!)

Es handelt sich neben der Höhe der Ansprüche auch um die Frage, ob infolge der Beteiligung eines im polizeilichen Hilfsdienst stehenden Truppenteils die Regelung der Entschädigung eine Angelegenheit des preussischen Fiskus ist. Das Landgericht I Berlin hat diese Frage verurteilt. (Hört! Hört! b. d. U. S.)

Die Reichsregierung hat jedoch ohne Rücksicht auf Zuständigkeitszweifel an diejenigen Hinterbliebenen, die sich an sie gewandt haben, für das Jahr 1919/20 durch die Abwühlungs-Intendantur des früheren Gardekorps Beihilfen gezahlt, teilweise in Beträgen bis zu 1000 M. und 1200 M. Es ist in Aussicht genommen, diese Beihilfen nochmals für das Jahr 1920/21 zu gewähren, vorbehaltlich der Anrechnung auf die im Einzelfall den Beteiligten etwa zukommenden Renten oder Abfindungen.

Ob auf Grund des Reichsgesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920 Schadenersatz verlangt werden kann, unterliegt der Prüfung des zuständigen Ausschusses. Sache der Hinterbliebenen ist es, deren Entscheidung anzufordern. Das Verfahren zur Feststellung der Entschädigungen auf Grund des erwähnten Gesetzes ist vor kurzem durch die Verordnung des Herrn Reichsministers des Innern vom 15. September 1920 geregelt worden.

Hier zeigt sich der preussische Militarismus wieder von seiner schönsten Seite. Der Sachverhalt liegt völlig klar. Der Reich an den Märfeln war planmäßig vorbereitet und wurde planmäßig von Angehörigen der Reichswehr ausgeführt. Der Reichswehrminister hat also auch für den Schaden zu haften. Niemand anders. Aber da jetzt der militärische Dienstbetrieb ein. Es werden Altensätze gewechselt, Klagen voransteht, ein ganzes Heer von Schreibern wird mobil gemacht, um die Verantwortung für ein Verbrechen irgend einem unbedeutenden Sündenbock aufzubürden. Und während durch diese unproduktive Beschäftigung des Altensatzwechsels ein Heer von Ueberflüssigen lohnenden Verdienst findet, hungern und darben die Geschädigten sich in den zweiten Winter hinein. Abhilfe im einzelnen ist nicht möglich. Das ganze System muß beseitigt werden!

## Die Vorgänge in Griechenland

Paris, 19. November.

Eine halbamtliche Note über die gestrige Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Loggus und dem englischen Botschafter Lord Derby besagt, der französische Ministerpräsident habe dem englischen Botschafter erklärt, die französische Regierung sei der Rückkehr des Königs Konstantin auf den griechischen Thron durchaus feindlich gesinnt. Loggus habe die Antwort ausgesprochen, die Lage müsse eiligst von den griechischen Schlichtern besprochen werden. Der französische Ministerpräsident habe auch auf die Folgen aufmerksam gemacht, die der Rücktritt Benizelos auf die allgemeine Lage haben könne.

Nach anderen Meldungen hätten in Athen immer neue und keineswegs unbedeutende Sympathieundgebungen für Konstantin und Frau Ratt, eine Erscheinung, die ein seitlangem Licht auf die Darstellungen der Bolschewiki über den Balkan wirft, nach denen das ganze Land roß sei für den Kommunismus.

## Mquith als Ankläger

Mquith hielt gestern in London eine Rede, in der er die Haltung der Regierung in Irland sehr scharf verurteilt. Er sagte, er habe Informationen erhalten, nach denen die Diener der Krone sich mit Ueberlegenheit kaltsblütiger Morde in Irland schuldig gemacht hätten. Unter der heutigen Regierung führte er aus, sind Dinge geschehen, die dem schrecklichen Despotismus gleichkommen, den Europa je erlebt hat. Sein Schluß erklärte Mquith, er werde nicht eher ruhen, bis er das englische Volk darüber aufgeklärt habe, welche schrecklichen Taten in seinem Namen begangen würden.

Das Sterben der Kluglinge. Bei dem Artikel in unserer heutigen Morgenausgabe unter dieser Ueberschrift ist durch ein Versehen der Name des Verfassers fortgelassen. Er stammt von unserem Genossen Dr. Rosses. Der Inhalt des Artikels ist um so bemerkenswerter, weil er von einem Arzt geschrieben wurde, der die darin geschilderten Verhältnisse genau kennt.

## Welt-Wahnwitz

### Eine Totensonntags-Vision

Von Max Heinrich.

Ich lachle, ich lachle, —  
Was tiefen Traum bin ich erwacht:  
Die Welt ist hier  
Und dieser als der Tag gebacht,  
Ist in ihr Welt — — —

(Vriedrich Nietzsche in  
„Also sprach Zarathustra.“)

Die Uhr schlug eben ein halb Zwölf. Thomas Gumprecht war spät abends nach Hause gekommen und hatte noch lange über der Zeitung gebrütet. Als Letztes hatte er folgendes Telegramm gelesen:

„Nach vorläufigen Schätzungen betragen die Verluste der Russen im Weltkrieg 9 500 000 Mann, die der Franzosen 4 400 000, die der Engländer ausschließlich der Indier 1 600 000, die der Italiener 1 600 000, die der Belgier 240 000, die der Serben 600 000 und der Rumänen 300 000. Die Gesamtverluste der Entente betragen demnach über 18 Millionen, was etwa der Summe der Bevölkerungsstärken von Dänemark, Norwegen, Schweden und Holland entspricht.“

Er entseelte sich, löschte die Lampe aus und troch ins Bett. Lange noch lag er wach und lann:

„18 Millionen Männer in den besten Jahren tot oder zu Krüppeln geschossen!“ Mein Ichon bei unseren Feinden! ... Unsere Verluste, wie hoch wohl die sich stellen? — —

Er rechnete:

„8 Millionen betragen sie vielleicht bei den Deutschen ... Millionen bei den Oesterreichern und Ungarn, und je eine halbe Million bei den Türken und Bulgaren, so daß 12 Millionen anzukämen, was zusammen — 30 Millionen — 30 000 000 — dreißig Mil—l—onen Mann an Verlusten bedeuten würde.“

Er erschauerte tief bei diesem ungeheuerlichen Gedanken und rüschte sich tiefer in die Kissen. Klüchtig quälte er sich damit ab, sich diese Kienenzahl zu veranschaulichen. Doch es gelang ihm nicht. Dumpfe Bedrücktheit lastete auf ihm, und im Hinüber-schummern dachte er abgerissen, zerfahren und dunkel:

„Die Menschheit muß mit Mischpilos in seinen „Perfern“ wehklagen:

„... Dies Unglück übertrifft

Ja jedes fogbar und ertragbar Leid —“

„Ein blühendes Geschlecht ist ausgelöscht.“

Bald verrieten diese regelmäßigen Atemzüge, daß er in tiefem Schlaf lag. Aber dann warf er sich hin und her, ächzte und schloß, wie bedrückt von einem schweren Alp. Fürchterlich und schrecklich war aber auch, was er in seinen Träumen erblickte und durchlebte.

Er sah sich auf einen hohen Turm gestellt und von da aus hielt er Heerschau ab über diese 30 Millionen tote und Krüppel! In vierer-Reihen, dicht aufgeschlossen in Marschkolonnen, ohne flatternde Fahnen und schmetternde Musik, nein, mit Schmerzgeschön und Köheln zogen sie unter ihm vorbei:

„Tausend Armeekorps! Zehntausend kriegstarke Regimenter zu je 3000 Mann!

Rund einen Kilometer lang war jedesmal der Heerwurm eines Regiments, der gesamte, der kein Ende nahm und vom Anfang zum Niedergang sich hinstreckte, hatte zehntausend Kilometer Ausdehnung, was ein ganzes Viertel des Erdumfangs am Äquator ausmacht. — Müde schliefen sich die Glieder mit ihren schrecklichen Wundmalen und gräßlichen Verwundungen dahin. 20 Minuten vergingen durchschnittlich, bis ein Regiment vorüber war. 3333 Stunden oder 139 Tage und Nächte, also an fünf Monate, dauerte der Vorbeimarsch der Opfer. —

Thomas Gumprecht rächte qualvoll wie unter einer Last, die ihn erdrücken wollte. Das waren ja Ewigkeiten, die dieser Vorbeimarsch währie! Am- und ungewöhnt vor ihm das Innerste. Stehen hatte er längst nicht mehr können auf dem Turme. Er war in die Knie gebrochen beim Anblick dieses Weltwehs und Weltwahnwitzes, hatte die Arme über die Brustung und auf seine leinen Kopf fallen lassen. Wahnsinn war ja das alles! Ein Weltanang der Menschheit! Ein unerhörter Totenzug! ...

Mit dem über 10 000 Kilometer sich erstreckenden Heerwurm von Toten und Krüppeln allein war der Zug aber noch lange nicht zu Ende. Nun folgten die Millionen von Greifen und weihhaarigen Müttern, von denen die Söhne geblieben waren, von Frauen und Kindern, denen die Gatten, die Geliebten, die Väter und Ernährer entrisen worden waren.

In Thomas Gumprechts müd' gequätem Hirn perschwammen und verdrämmerten die marteroollen Phantasien. Aber bald hatten sich die Gedanken von Neuem und andere Bilder zogen heraus, wie von einem Kino-Apparat auf weiche Leinwand hineinzuwerfen, vorüberziehend vor seinem geistigen Auge wie ein graufiges Film-Schauspiel.

Er wanderte durch Italien. Reichlich dreißig Millionen hatten darin gelebt und nun schloß sie — das Land war leer, entödet! Die blühenden, kunstreichen Städte Rom, Neapel, Venedig, Mailand, Florenz und wie sie alle heißen mögen, lagen verödet und verlassen. Reichlich dreißig Millionen Menschen waren von der Erde verschwunden, sie hatten gelebt und allerlei Freuden und Glück durchgekostet, hatten geliebt, gelacht, geliebt, gearbeitet, geschmaust, waren gewandert, hatten das Leben als ein Heiliges angebetet, das Dasein als Gottesdienst aufgefakt, Jüdischem, Menschlichem und Göttlichem sich mit voller Inbrunn hingeweben — und nun in Nichts zerfallen alles: Niedergelut, Familienzerfallen, Arbeitslust, Schaffenskraft, Wandererlichkeit, Naturempfinden, Jubel, Begeisterung, Sehnsucht, Heimweh, Frohsinn — alles verflücht wie von dem giftigen Hauch eines Ungeheuers.

Wußt das Hirn und das Herz letzte sich Thomas Gumprecht — so träumte er — auf eine kahle Klippe am Meeresstrand. Die

Wellen leckten heran ans Ufer und sprachen und schlochten den Sand Stück um Stück ...

Erwachte, um sich bei hellem Bewußtsein mit Entsetzen klar zu machen, daß die fürchterlichen Traumgesichte, die ihn gequält, das ungeheure Menschheits-Unglück, das in den riesigen Verlustziffern steckte, kein blohes Produkt seiner Phantastie, sondern schimmern, schimmern Wirklichkeit waren! Und der heiße Wunsch erklang in ihm, daß nicht nur er, daß alle Menschen dieser unglücklichen Epoche einmal so recht machtvoll und stark fühlen möchten, welche böser Wahnwitz in dem die ganze Welt beherrschenden Zerfallungstrieb liegt und daß es dann die hellste Aufgabe aller sein müßte, ein neues Geschlecht heranzuziehen, dessen inneren Streben und Wirken auf Erhaltung und Aufbau des Lebens zielt.

## Auf dem Friedhof

Ein Beitrag zur Kinderpsychologie.

Nach Niederschriften Berliner Gemeindeführerinnen von Lehrer J. Mahle.

Der Friedhof ist ein großer Garten für traurige Leute. Ich bin immer lustig. Darum mag ich nicht auf den Friedhof gehen. Die Leute haben dort meist schwarze Kleider an und mancher weinen. Wenn ich die vielen Gräber sehe, wird mir immer traurig. Wir haben einen Laubengarten, da ist es viel schöner.

Ich bin früher garnicht auf den Friedhof gegangen. Vor ein paar Wochen ist meine liebe Mutter gestorben. Das ist das Schrecklichste, was passieren kann. Mein Mütterlein ist jetzt so ganz alt und hat Sehnsucht nach mir. Darum gehe ich häufig hin zu ihr. Wenn ich so dasthe und nachdenke, muß ich immer weinen. Ich will allen Kindern sagen, sie sollen recht lieb zu ihrer Mutter sein; denn einmal ist alles vorbei.

Ich gehe gern hin, wo es einsam ist und wo Bäume und Blumen sind. Auf dem Spielplatz schreien die Kinder so. Aber der Friedhof ist ein einsamer Ort. Da sind viel liebe Menschen begraben. Die Angehörigen bringen ihnen Blumen auf den Hügel. Manche Toten haben keine Angehörigen mehr. Das ist sehr traurig. Ich habe alle Menschen lieb und auch die Toten. Wenn ich auf den Friedhof gehe, nehme ich jedesmal Blumen mit — mit meinem Spargel und schenke sie den Toten, die ganz einsam sind.

## Hans Niese im „Thalia-Theater“

Hans Niese aus Wien ist lange Jahre den Berliner Bühnen ferngeblieben. Nun ist sie wieder da, und ihrer starken Kunst, die sich auf einer ungebrochenen und unerschütterlichen Natur gründet, öffnen sich wie nur je alle Herzen. Ihr eigenes Herz schlug höher bei dem überaus warmen Empfang, der ihr gestern in alter Weise

# Die Sozialisierungsfrage im Reichstag

## Widerstand der Dividendenjäger

Die Interpellation, die nach dem Schicksal des Sozialisierungs-Gesetzes fragte, wurde heute von dem Abg. Köster (Rechtssozialist) begründet. Der Redner trug die bekann- ten Argumente für die baldige Erfüllung der gegebenen Ver- sprechungen vor. Für die Reichsregierung antwortete der Reichs- wirtschaftsminister Scholz kurz und schlecht: Wir müssen warten, bis die Sachverständigen gesprochen haben, wir hoffen auf ein Er- gebnis der Beratungen der Verständigungskommission, also nur langsam voran und keinen Lärm gemacht! Recht amüßig war es, daß der Minister die Rechtssozialisten beschuldigt daran erinnerte, daß sie ja selbst, solange sie an der Macht ge- wesen seien, nichts getan hätten, um ihre heutigen Forderungen zu verwirklichen. Genosse Ledebour machte an dieser Stelle den berechtigten Zwischenruf: „Das ist der Segen der Oppositions- stellung!“

Nachdem ein Vertreter des Zentrums in einigen nichtsagen- den Wendungen der Regierung das Vertrauen seiner Partei in dieser Frage ausgesprochen hatte, wandte sich der deutschnatio- nale Bergwerksdirektor Leopold grundsätzlich gegen die Sozialisierung überhaupt. Er brachte alle die Ein- wände vor, die aus den Rückstimmern des Herzogtums Stinnes ge- nommen werden können. Sozialisierung lähmt die Initiative, kürzt die Produktion usw., kurzum, nur die Vertustung und die Kleinaktien können helfen. Herr Leopold konnte es sich auch nicht verlagern, Kritik an der Sozialisierungskommission und ihrer Zusammensetzung zu üben. Die wahren Sachverständigen (das heißt nämlich die Montanherrn) seien dort nicht vertreten gewesen. Dagegen hätten Nichtdeutsche (der Heidelberger Pro- fessor Ledebour) dort das große Wort geführt.

Für unsere Fraktion spricht der Genosse Hents.

## Bergarbeiter und Sozialisierung

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Frankfurt a. M., den 19. November.

In der Nummer 858 vom 17. November befaßte sich die „Frank- furter Zeitung“ mit der Rede, die der Reichshauptminister Rau- mer kürzlich in Magdeburg gehalten hat und in der er sich hart gegen die Sozialisierungsbestrebungen im Bergbau aussprach. Sie wandte sich gegen die scharfe Stellungnahme sowohl der Ver- treter wie Ablehner des Sozialisierungsgebantens und sprach den Wunsch aus, daß es auf Grund einer eingehenden Diskussion mit Sachverständigen zu einer Einigung kommen möge. Im Anschluß daran wirft die „Frankfurter Zeitung“ die Frage auf: „Wir haben schon einmal gefragt, warum fehlt Hué in den Debatten, warum sitzt er nicht in der sogenannten Verständigungskommission?“ Darauf antwortete Hué, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes in einem Schreiben an die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“, das diese im ersten Morgenblatt vom 20. November zum Abdruck bringt, folgendermaßen:

„Als Mitglied der Sozialisierungskommission habe ich meine Ansicht über die Notwendigkeit und den Umfang der Sozialisierung oft genug in Wort und Schrift erläutert. Die Vorschläge dieser Kommission liegen vor. Nun ist es die Aufgabe anderer Personen, eine etwaige Verständigung zwischen den hinreichend bekannten Vorschlägen 1 und 2 der Sozialisierungskommission und den Plänen jener Industriellen, die überhaupt keine Sozia- lisierung wollen, herbeizuführen. Meine jahrelangen Erfahrun- gen berechtigen mich zu der Ansicht, daß jene Verständigungs- kommission keine Verständigung bringen wird, die die Arbeiter- schaft akzeptieren kann. Wer das monatelange Kesseltreiben aller möglichen kapitalistischen Korporationen gegen jede Sozia- lisierung aufmerksam beobachtet hat, der weiß, wie der Hase läuft. Deswegen hätte der Reichshauptminister Raumer sich in Magdeburg nicht auch noch zu bemühen brauchen. Der Berg- arbeiter ist wohl bekannt, wer alles gegen die Sozialisierung arbeitet. Eine Verständigung durch jene Verständigungs- kommission ist nicht zu erwarten. Deshalb hat die Leitung des Bergarbeiterverbandes sich gegen die weitere Teilnahme eines

im Thalia-Theater bereitet wurde und ihr über ein richtiges Lampenfieber der ersten Vorträge hinweghalf. Nach dem zweiten Akt flammte sie überausenden Dank ins Publikum. Das war echter und schöner als das, was ihr gestern eine durch und durch verlogene Operette zu singen und spielen gab. Daß sie sich kraft eigenen Wunsches auch auf so abschüssigem Boden freizügig behauptete, spricht doppelt für ihre Leistung, die im Volksstückhaften bei Krengruber und als Gerhard Hauptmanns Rose Bernd gipfelt.

Diesmal mußte man um sie herum ein sehr mittelmaßiges Ensemble und leider auch eine Operette in Kauf nehmen, die „Sot- tischsterin Leni“ heißt. Leo Usher zeigt darin nur sein musikalisches Milieu und der Text von Bernhard Buch- sinder rührt alle Operettenlieblichkeiten und Sentimentalitäten schonungslos zusammen. Natürlich spielt die Sache bei Hote und es wimmelt darin von „Malerinnen“, „Hofknaben“, desotenen Ver- bebungen von Königschronen und ähnlichen deutschen Lieblings- beschäftigungen. Die gleichgeartete „Fischer-Christel“ ist die reinste Waife von Lowood gegen diese Geschichtsklitterung aus Bann. Die Gegenüberstellung französischer Sittenlosigkeit und österröcher Ehrpüßlichkeit bei Hofe tut gerade, als ob z. B. keine Erz- herzogin gäbe. Die Riese hat in dieser Umgebung eine kramm- reifliche Frau aus dem Volke zu spielen mit dem schweißtriefenden „goldenen Weaner Herzen“ auf dem rechten Fleck und sie macht das mit aller Innigkeit und auch den besten Extravaganzen über das praktisch natürlich gebildeten Kunst. Auch die Gemütslieder singt sie mildernd mit ihrer ureigenen Mischung von Brummhäß und Jartlichkeit.

Der „bestehende“ Glanz höfischen Lebens auf der Bühne brachte ein paar zeitweilige Jünglinge im Partett in so bestige mon- archische Wallung, daß sie wild in die Hände klatschten, als in der Pause auf dem Richtklamenorhang mitgeteilt wurde, der ver- triebene König von Griechenland schickte sich an, wieder auf den Thron zu kehren und seine Olga habe bereits die Regentenschaft übernommen. Bei der 100. Jubiläumsvorführung mag die Direk- tion an treue Seelen Freifahrtscheine zum Besuch von Schloß Doorn ausgeben, wenn anders der gefeierte Liebhaber deutscher Feldenbrüste dann noch dort ist.

Im Hof-Theater gab Leonie Duval als Gast in Sudermanns „Saima“ eine eckige und wirkungsvolle Magda und wurde von den übrigen Darstellern, die ebenfalls ihr Bestes boten, trefflich unterstützt.

Kriegsgedächtnisfeier. Professor Wilhelm Kreis, Düssel- dorf und Professor Heinrich Straumer, Berlin, sprechen über die deutsche Arbeit an Kriegsfriedhöfen mit Lichtbildern zum Totensonntag im Herrenhaus.

Der Bund deutscher Architekten bittet uns mitzuteilen, daß die gemeinsame Kundgebung zur Kostgäbe der Kunstschaffenden am 5. Dezember im großen Plenar-Sitzungs-Saal des Reichstageshauses stattfindet.

Verbandsvertreter an dem „Palaver“, wie Herr Dr. Silber- berg sagen würde, der Verständigungskommission ange- sprochen. Durch einen offenen Brief an den Herrn Reichstags- witz will nun der Bergarbeiterverband die Reichsregierung zu einer klärenden Äußerung über ihre letzte Stellung zur Sozialisie- rungsfrage veranlassen. Es ist immerhin von einigem Inter- esse, zu erfahren, inwieweit Herr von Raumer die Reichspolizei in die Hand genommen hat. Ich verleihere der ver- ehrten Redaktion, daß der Bergarbeiter- band jenen rücksichtslosen Kampf gegen die Sozialisierungsforderung zur rechten Zeit mit Rücksichtslosigkeit beantwortet wird.“

## Der Ma-Bund für die Volksozialisierung

Der Hauptvorstand des Allgemeinen freien Ange- stellterverbundes (früher: Arbeitsgemeinschaft freier Ange- stellterverbände) hat sich in seiner Sitzung vom 18. November erneut mit der Sozialisierung des Bergbaues befaßt und folgende Rundgebung beschlossen:

Der Ma-Bund hält unbedingt an dem Beschluß seiner Vor- ständekonferenz vom 7. November 1920 fest, wonach für die frei- gewerkschaftlich gerichtete Angestelltenvereine nur die Volk- sozialisierung auf der Grundlage des Vor- schlages I der Sozialisierungskommission an- nehmbar ist.

Die dauernden Verschleppungsversuche in den sogenannten „Verständigungskommissionen“ des Reichswirtschaftsrates werden auf das Schärfste verurteilt und die frei- gewerkschaftlichen Abgeordneten des R. W. R. auf- gefordert, diesem Treiben der Stinnes-Deute ein Ende zu machen.

Der Versuch, die Bergarbeiter und die Grubenbeamten durch Gewinnbeteiligung und Verabreichung kleiner Aktien zum Ver- zicht auf die Sozialisierung zu bewegen und so das kapitalistische Ausbeutungssystem erneut zu verankern, kommt einer Ver- höhnung der klaffenbewußten Arbeitnehmerschaft gleich. Der Vorstand des Ma-Bundes ruft die Ange- stellten auf, wachsam zu bleiben und zu rufen, um die Sozialisierungsmöglie des Reichswirtschaftsrates durch den rücksichts- losen Kampf um die Volksozialisierung des Berg- baus zu erzeugen.

## Der Umfang der Arbeitslosigkeit

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen im Reich sind auch nach dem letzten amtlichen Bericht, der den Stand vom 1. November ersicht, wei- ter zurückgegangen. Während nach den endgültigen Fest- stellungen am 15. Oktober 374 398 Erwerbslose unterstützt wurden, waren es am 1. November 361 717. Die Zahl der Familienange- hörigen, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden, hat eine Steigerung von 344 882 auf 345 306 erfahren. Diese Steigerung erklärt sich aber daraus, daß aus Württemberg, das bisher in dieser Zusammenstellung fehlte, zum ersten Male Angaben über die Zuschlagsempfänger gemacht worden sind. Tatsächlich ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen zurückgegangen. Von den 361 717 unterstützten Erwerbslosen und den 345 306 unter- stützten Familienangehörigen, die am 1. November im Reich ge- zählt wurden, entfielen 94 259 Erwerbslose und 81 895 Familien- angehörige auf Groß-Berlin, 98 233 Erwerbslose und 90 447 Fa- milienangehörige auf den Freistaat Sachsen. Die vorstehenden Zahlen geben, wie bei früheren Mitteilungen mit Recht in der Tagespresse hervorgehoben worden ist, in keiner Weise ein erschöpfendes Bild von dem Umfange der Arbeitslosigkeit. Einmal sind noch diejenigen Arbeitslosen hinzuzurechnen, die aus irgendwelchen Gründen nicht unterstützt werden. Bei der Ver- schwärung, die die Voraussetzungen und die Kontrolle der Erwerbs- losenunterstützung im Laufe der Zeit erfahren haben, wird die Zahl dieser nichtunterstützten Arbeitslosen kaum geringer sein als die der unterstützten. Weiter trifft die große Zahl der Verkürztarbeitenden hinzu, die in ihrer Einkommenslage vielfach nicht wesentlich besser daran sind, als die voll Erwerbs- losen. Auch hier fehlt es leider an brauchbarem statistischen Ma- terial. Es kann nur festgestellt werden, daß der Umfang der Kurzarbeit in einzelnen Industrien, beispielsweise in der Textil- und in der Schuhindustrie erheblich zurückgegangen ist, daß er aber in anderen Industrien, so insbesondere in der Metallindu- strie und dem Holzgewerbe, eher im Zunehmen begriffen ist.

## Der Prinz-Prozess

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I fand gestern vor- mittag die Verhandlung gegen den früheren Leiter der Berliner Sicherheitswehr, Erich Prinz, ihre Wiederholung. Prinz ist wegen Urkundenfälschung angeklagt und es wird ihm zur Last gelegt, daß er einen Befehl zur Tötung von Liebknecht und Luxemburg mit der Unterschrift Philipp Scheidemanns und des Kauf- manns Georg Elzard gegeben habe. Zu der Verhandlung war ein großer Zeugenapparat angeboten worden. Unter den Zeugen befanden sich Hauptmann Marx, der frühere Adjutant des Re- volutions-Stabkommandanten Anton Fischer, Dr. Paul Levi von der Zentrale der K. P. D., Regierungsrat Reß vom Polizei- präsidium und andere. Eine ganze Anzahl von Zeugen war nicht erschienen, darunter auch der frühere Polizeipräsident und jetzige Abgeordnete Emil Eichhorn.

Die Vernehmung des Angeklagten brachte zunächst keine neuen Momente. Prinz schildert, daß er davon Kenntnis bekommen habe, daß Heinrich Elzard den Versuch machte, die Statuten aus dem Polizeipräsidium, die ihm zur Last gelegt werden, auf Prinz abzugeben. Er habe deshalb im Polizeipräsidium Nach- forschungen angestellt und sei durch den Journalisten Stein- berg an Rechtsanwalt Kübell gemiesen worden. Kübell, dem der Fall interessierte, da er Material gegen Heinrich Elzard für seine Klienten sammelte, forderte Prinz auf, seine Ergebnisse aus dem Polizeipräsidium, in denen Heinrich Elzard eine Rolle spielt, zu fixieren. Kübell gab Prinz ein Darlehen von 2000 Mark hier- für. U. a. erzählte Prinz dem Anwalt auch, daß er Kenntnis da- von hatte, daß Dr. Liebknecht, Frau Luxemburg und Dr. Leolin vom Feldwebel Tyska befreit werden sollten. Tyska hatte die drei Personen bereits verhaftet und nur durch das Dazwischen- kommen des Angeklagten wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Dabei habe Prinz dem Feldwebel Tyska Dokumente abgenommen, welche eine Anweisung Scheidemanns und Georg Elzard enthielten, die genannten Personen aus dem Wege zu räumen. Der Ange- klagte habe niemals behauptet, daß diese Unterschriften auch tat- sächlich echt waren. Später habe ein gewisser Falke dem Feld- webel Tyska die Dokumente gestohlen und habe sie Prinz zum Kauf für 300 Mark angeboten. Der Angeklagte erklärt, daß die Abschrift der Original-Dokumente durch seine verlorbene Braut, Hilde Blaumann, ausgeführt sei, daß aber das Wort „Abschrift“, das am Kopf der Kopie stand, von irgend jemand entfernt worden sei.

Der Angeklagte schildert dann weiter die Vorgänge bei der Verhaftung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts durch den

Feldwebel u. Tyska und kommt dann auf die Vorgänge nach der ersten Verhandlung zu sprechen, die zu seiner vorübergehenden abermaligen Verhaftung und zum Selbstmord seiner Braut, Fraulein Blaumann, führten. Er erklärt dazu: Heinrich Elzard hat durch meinen früheren Sekretär Wogenhagen meine Braut, Fraulein Blaumann, zu sich ins Bureau gerufen. In seinem Bureau hat Heinrich Elzard meiner Braut dann versprochen, er würde ihr eine gute Anstellung beim Film verschaffen, hat ihr ferner erzählt, es läge ein Haftbefehl gegen sie vor, der nur durch ein Versehen der Staatsanwaltschaft nicht ausgeführt wor- den sei. Er hat dann die scheinbaren Telefongespräche mit einem Kriminalkommissar des Polizeipräsidiums geführt, in dem er die- sem mitteilte, daß der Haftbefehl nicht mehr nötig sei, er ist dann weiter in das Mädchen gedrungen, sie solle die Wahr- heit sagen, nämlich daß das Wort „Abschrift“ nicht auf dem Scheidemanns gestanden hätte. Er hat ihr weiter gesagt, wenn sie ins Zuchthaus kommen sollte, dann würde er durch ihren Ver- treter 50 000 M. Kaution für sie stellen. Durch alle diese Ver- brechen wurde meine Braut gänzlich eingeschüchtert und ver- wirrt und hat dann schließlich die gewünschte Aussage gemacht, auf Grund deren ich sofort verhaftet wurde. Das Mädchen ging dann nach Haus und war nach einer halben Stunde tot. Sie soll angeblich Selbstmord verübt haben. Das ist aber nicht wahr, es ist ein Mord! Ich habe deswegen schon gegen Heinrich Elzard bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Anstiftung zum Mord und wegen Nötigung erhoben.

Vorl.: Haben Sie denn das Original des Wortbefehls in Ihrem Besitz? — Angekl.: Jawohl. Ich besitze jetzt das Schrift- stück, das seinerzeit bei Tyska gefunden wurde. Es trägt die Unterschriften Scheidemanns und Georg Elzards. Die Unter- schrift Scheidemanns halte ich für echt aber für sehr ge- schickt nachgeahmt. Die Handschrift von Georg Elzard kenne ich nicht. Ich werde aber das Schriftstück nicht vorlegen, da ich mir ja dann wieder eine Anklage wegen Urkundenfälschung zuziehen würde.

Es wurde dann beschlossen, die Verhandlung auf Montag mor- gen, 9 1/2 Uhr, zu vertagen und sämtliche nicht erschienenen Zeu- gen, sowie den Gerichtsarzt Dr. Felerich als Sachverständigen da- für zu laden, daß von dem Schriftstück, welches der Angeklagte angeblich nach dem Original in Hannover angefertigt und mit der Unterschrift „Abschrift“ versehen hat, ein Streifen, der den Vermerk „Abschrift“ enthielt, abgetrennt worden ist.

## Groß-Berlin

### Arbeiterport

Die märkische Spielvereinigung, als Groß-Berliner Arbeiter- Fußballorganisation und Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sport- bundes, veranstaltet zum Sonntag, den 21. November, nachmittags 1 und 2 Uhr, Jugend- und Männerspiele. Auf 8 Plätzen sind die besten Sportler der Herbründe einander gegenübergestellt. Doch nur der eingeweihte versteht, welche Summe von Erziehungsarbeit hier dicht zusammengedrängt gezeitigt wird. Der Fußballsport wird immer mehr Volkssport. Das soll auch aus dem, an der Kauf- kraft des Geldes gemessen, äußerst geringen Eintrittspreis von 1,50 M., hervorgehen, dessen Ergebnis nur neuen Sportübungen zugute kommt. Bei der jetzigen Ernährung- und Wohnungs- lage ist es geradezu Pflicht, Sport- und Körperkultur nicht als Sinnenfpiel, sondern als Selbstzweck zu betrachten und zu unter- stützen. Deshalb muß jeder Arbeiter danach trachten, den 400 Mannschaften der Fußballer neue Hunderte in dieser und anderen Sportarten an die Seite zu stellen.

Fußballwettkämpfe der märkischen Spielvereinigung am Son- tag, den 21. November, 2 Uhr: 1. Spiel: Reinickendorf-Ort — Reinickendorf-West, R. B. C. Platz, Basler Straße (Schäfersee). 2. Spiel: Pantow — Berlin, Pantow, Gemeindefeldplatz, Fichelswerder Straße. 3. Spiel: Lichtenberg — Weihensee, Sta- tion Lichtenberg Herzbergstraße. 4. Spiel: Cöpenick — Oberpre- Niederhönneweide, an der Gasanstalt. 5. Spiel: Neukölln — Treptow, Baumhuldenweg, Fortshaus-Allee. 6. Spiel: Schöne- berg — Lünenwalde, Schöneberg, Jugendheimplatz, Rubensstraße. 7. Spiel: Wilmersdorf — Nowames, Wilmersdorf, Württem- bergische Straße, Ede Hänger Straße. 8. Spiel: Tegel — Belten, Borsigplatz, Schleperstraße.

Arbeiter-Bildungsschule U. S. D. Die Konferenz der Bil- dungskommissionen Berlin-Brandenburg, die am 28. August im „Schubert-Saal“ stattfand, wurde vertagt und die Geschäftsle- tung beauftragt, eine zu gegebener Zeit neue Konferenz einzube- rufen. Inzwischen legte die innere Parteikrise ein, die uns unsere Arbeit unmöglich machte. Unsere Parteiverhältnisse sind nun ge- klärt. Doppelt ist es jetzt nötig, mit allen Kräften an die Arbeit zu gehen. Denn nicht die unheilvolle Phrase darf das Handeln der Arbeiterklasse bestimmen, sondern die Einsicht in die Not- wendigkeit und die wissenschaftliche Erkenntnis der ökonomischen Bedingungen des Klassenkampfes.

Am Mittwoch, den 24. November, abends 7 Uhr, findet in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Infeststraße, die Fortsetzung der Konferenz statt. Die Mitglieder aller Bildungskommissionen in Berlin-Brandenburg müssen bestimmt erscheinen. Mitglieds- buch legitimiert.

Große Volksooper Berlin. Am Montag, den 22. November 1920, abends 7 1/2 Uhr, wird die Große Volksooper Berlin, unter Mit- wirkung des Blüthner-Orchesters einen Konzertabend aus Werken moderner Komponisten im großen Saale der „Neuen Welt“, hier, Halensheide 108/114, veranstalten. Eintrittspreise zum Vorzugs- preis von 2,40 M. und noch im Bureau des Volksbildungsamts, Zimmer 218 des Rathhauses Neukölln, erhältlich.

Lichtenberger Volkssportveranstaltungen. Für die nächste Zeit steht der städtische Volkssportausstellung folgende Veranstal- tungen vor: 23. November, 7 1/2 Uhr, Realgymnasium Parfau, Kammermusikabend des Helling-Trios. Vorzugsarten der 3. Abteilung fällig. — 24. November, ebenda und zur selben Stunde, Tanzabend: Hilde Engel. Vorzugsarten der 2. Ab- teilung fällig. — 26. November, abends um 7 Uhr: Schiller- Konzert des Orchesters und des Chores des Realgymnasiums an der Parfau. Leitung Lehrer R. Daenell. Eintritt 1 M. für Erwachsene, für Schüler und Schülerinnen 50 Pf. Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt. Eintrittspreise für die- sen Konzert in der städt. Schulabteilung und in sämtlichen Schu- len. — Sonntag, 28. November, nachm. 4 Uhr, im Zahn-Real- gymnasium, Marktstr. 2-3: Lustiger Lauten-Nachmittag: „Der Humor im deutschen Volkslied.“ Dr. Max Burk- hardt. Eintritt 2 M., für Vorzugsarteninhaber aller Reihen 1,50 M. — 2. Dezember im Realgymnasium, Parfau, 7 1/2 Uhr: Tanzabend Hilde Engel. Vorzugsarten der 1. Abteilung fällig. — Sonntag, 5. Dezember, nachm. 4 Uhr, Realgymnasium Parfau: Dr. Leopold Hirschberg: „Die deutsche Ballade in Dichtung und Musik“. Eintrittspreise wie beim vor- her genannten Lauten-Nachmittag.

Das städtische Wohlfahrtsamt Cöpenick veranstaltet von Son- tag, den 21. bis Sonntag, den 28. November, mit Ausnahme von Mittwoch, den 24. im Stadtverordneten-Sitzungslokal des Rat- hauses zu Cöpenick eine Ausstellung guter Bücher und Bildet. Eine besonders eingehende Würdigung in dieser um- fangreichen Ausstellung hat das billige, dabei aber gute Buch gefunden. Die Ausstellung ist täglich von 8-8 Uhr geöffnet. Sonntags von 10-1 und 3-7. Nach Schluß der Ausstellung findet eine Verlosung von Büchern und Bildern statt, wozu Lose zum Preise von 1 M. in der Ausstellung zu haben sind.

Alt-Ölende. Die Eröffnungsveranstaltung des Ge- meindeklubs, die auf den 7. November angelegt war, konnte wegen des Ausstandes der Elektrizitätswärter leider nicht statt- finden. Sie wird Sonntag, den 21. November, nachmittags 6 Uhr, abgehalten. Die Veranstaltung findet in der Aula der Gemeindefeldschule, Cöpenicker Str. 31, statt. Die Schule ist zu erreichen mit der Stadtbahn Adlershof-Alt-Ölende, Straßenbahn Alt- Ölende-Kirche und zwei Minuten Weg.

Eine halbe Million Diebesbeute

Unter eigenartigen Umständen wurde in Hohen-Neuendorf ein Blümenbruch verübt, den die Kriminalpolizei bisher vergeblich aufzuklären versucht hat.

Voranlässlichliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Zeitweise etwas neblig, sonst trocken und vielfach heiter.

Gerichtliches

Eine grausame Mordtat fand am 19. Juni vor dem Schwurgericht Neuruppin ihre Sühne. Was dort festgestellt wurde, ist so schrecklich, daß man es gar nicht für möglich halten möchte.

Das Urteil gegen den Edenhoteldirektor

Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten nicht eines bloßen formalen Verstoßes, sondern des einfachen Schleichhandels für schuldig.

Die Schließung des Hotelbetriebes, wurde nicht in vollem Umfange aufrechterhalten, vielmehr lediglich dem Angeklagten der Handel mit Lebensmitteln unterlag.

Der Angeklagte war beschuldigt, Schleichhandelswaren in großem Umfange im Betrieb des Edenhotels verwendet zu haben.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Transportarbeiter

Am Donnerstag fand die Delegierten-Generalversammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes statt.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im 3. Quartal in 3393 Betrieben Angriffsbewegungen ohne Streit geführt wurden.

Aus der Agitationstätigkeit der einzelnen Sektionen ist bemerkenswert, daß im 3. Quartal 10714 Mitglieder neu aufgenommen wurden.

Aus dem Kassenbericht ist hervorzuheben, daß die Abrechnung mit einem Ueberschuß von 818847 M. abschloß.

Am Schluß seines Berichtes erklärte Ortman, daß die besoldeten und unbesoldeten Funktionen im vergangenen Quartal reiche Arbeit geleistet hätten.

In der Diskussion wünscht Franke, daß der Bildungsfrage mehr als bisher Beachtung geschenkt wird.

Die Generalversammlung stimmte hierauf dem Antrag der Revisionen auf Entlastung des Kassierers einstimmig zu.

Nach längerer Debatte wurde ein Antrag der Bezirksverwaltung angenommen, der erneut zum Ausdruck bringt, daß bei Führung von Lohnbewegungen strikte nach den Satzungen verfahren werden soll.

Die Generalversammlung stimmte hierauf dem Antrag der Revisionen auf Entlastung des Kassierers einstimmig zu.

Wegen vorgeschrittener Zeit wurde der übrige Teil der Tagesordnung bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Zur Lohnbewegung im Wäscheverleihgewerbe

Nach langwierigen Verhandlungen ist es endlich gelungen, mit der Mehrzahl der Berliner Wäscheverleiher einen Tarif zu tätigen.

Folgende Firmen haben den Tarif nicht anerkannt: Helene Berger, Petersburger Str. 85; Karl Bollensdorf, Georgenfelde, Straße 30a.

Wir erlauben die Betriebsräte, Obleute und Vertrauensleute, darauf zu achten, daß in ihren Betrieben nur Wäsche von den Firmen bezogen wird.

Das Kesseltreiben gegen die Reichsangestellten

Neuerdings ist eine Geheimverfügung des Reichsfinanzministeriums ergangen, nach der die Entlassung von 25 Prozent aller Angestellten vorgenommen werden soll.

Die verheerliche Rechtfertigung dieser Maßnahmen bedeutet eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit!

Auch andere Behörden sind dabei, in der gleichen „sozialen“ Weise neue Beamtenstellen zu schaffen.

Aus den Organisationen

4. Abt. 4. Abteilung, Montag, abends 7 Uhr, Abteilungsversammlung in der Schulstraßen-Straße.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabisch, Berlin, NW 1, Unter den Eichen 11.

Sozialistische Literatur. Schöne Literatur. Geschenkt-Werke. Klassiker. Jugend-Schriften. Bilder-Bücher. Kauf man am besten u. billigsten in der Buchhandlung Freiheit.

Der Bolschewismus von einem völlig neuen Gesichtspunkt. Die Soziologie des Bolschewismus. Preis 3.- Mark.

Kleine Anzeigen. Übernahme in allen Expeditionen des Verlegers.

Freie Welt. Hef 44. Der Uebertritt der Sturmabteilung Roßbach über die Grenze am 31. Oktober 1919.

Parteienossen! Parteienossen! Bänder für den Weihnachtstisch schon jetzt in eurer Buchhandlung.

Verkaufe. Winterkoffer, Jacken, Schuhe. Kaufgesuche. Werkzeugen u. Maschinen. Spiralböhren. Verschiedenes. Tiermarkt. Anstaltungen. Selbstbau.